

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin sowie bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifband 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsprophet: Ami Norden 2595 und 2596.

Jahrespreise: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsprophet: Ami Norden 2595 und 2596. In jedem Heft befindet sich ein Heftchen über den Kampf um die Freiheit. Das Heftchen kostet 10 Pfg., jedes weitere Heftchen 15 Pfg. Ein Heftchen für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 8 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Die Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonntag, den 12. Januar 1919

Nummer 21

Mus, Arbeiter, gestaltet heute die Massenversammlungen der sozialistischen Parteien zu gewaltigen Kundgebungen eures Einigungswillens! Einheit der proletarischen Front ist die Lösung! Massen heraus!

Arbeiter! Soldaten!

Der Terror herrscht in Berlin. Offiziere, Studenten, ansehnliche Bourgeois-Söhne haben in Berlin ein Willkürregiment errichtet, wie es niemals erlebt worden ist. Die Methoden des alten zaristischen Regimes sind durch eine verbrecherische und wahnsinnige Regierung in Berlin zum Leben erweckt worden. Offiziere bringen bewaffnet in die Wohnungen friedlicher Bürger ein, nehmen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vor, ohne sich um die bestehenden Gesetze irgendwie zu kümmern. Alles, was unter dem verschärften Belagerungszustand an Härte und Unmenschlichkeit geschehen ist, verblaßt hinter den Rohheiten und Grausamkeiten dieser Tage, in denen eine angeblich demokratische und sozialistische Regierung am Ruder ist. Gestern nacht ist um 1 Uhr von Offizieren und einigen Mannschaften, die sich unter falschen Vorwänden Eintritt in seine Wohnung verschafften, Georg Ledebour weggeschleppt worden. Seiner Frau ist die Auskunft darüber verweigert, wohin man ihren Mann verschleppt hat, das Telefon ist ihr abgeschnitten worden, so daß ihr die Möglichkeit geraubt war, sich Rechts-hilfe zu verschaffen. Stundenlang Bemühungen mit Hilfe der Kommandantur in Berlin, der Polizeiverwaltung in Steglitz und Dahlem, des Generalkommandos am Königin-Luisen-Stift in Dahlem, seinen Aufenthalt festzustellen, sind vergeblich gewesen. So haben selbst die Schergen des alten zaristischen Regimes selten gehaßt. In gleicher Weise ist man mit dem früheren „Vorwärts“-Redakteur Dr. Ernst Reyer verfahren. Alle Errungenschaften der Revolution werden von der Regierung, die diese angeblich schützt, vernichtet. Sie kann sich nicht auf Gewaltakte einzelner Personen oder einzelner Parteigruppen berufen, denn sie ist verpflichtet, die Gesetze zu achten. Hat doch selbst das alte Regime der Bethmann-Hollweg, Michaelis und Hertling wenigstens den Schein des Rechts zu wahren gesucht.

In der Stadt hört das Schicksal nicht auf, das Leben friedlicher Bürger wird bedroht, das „Vorwärts“-Gebäude ist von Regierungstruppen in Brand gesteckt.

Vergeblich haben gestern tagsüber die Vertreter der Arbeiter aus den verschiedensten Betrieben ohne Rücksicht auf ihre Parteilichkeit, die Verhandlungskommission der revolutionären Obleute und der Zentralvorstand der U. S. P. D. von Groß-Berlin versucht, Verhandlungen mit dem Zentralrat zu führen und Frieden zu schaffen. Bis 11 Uhr abends war eine Verhandlung nicht zu erzielen. Da alle Arbeitervertreter bereit waren, die weitgehendsten Konzessionen zu machen, und namentlich auch dafür einzutreten, daß der „Vorwärts“ sofort geräumt werde, so drängte sich allen Beteiligten schließlich die Ueberzeugung auf, daß die Regierung einen Ausgleich nicht wollte, sondern daß sie entschlossen war, ein Gemetzel zu statuieren. Die brutale Gewalt kann vorübergehend triumphieren, aber schließlich muß sie unterliegen.

Die Arbeiter werden sich nunmehr bis auf den letzten Mann zusammenschließen und nicht eher ruhen, bis diese Regierung der Gewalt, des Verbrechens und des Wahnsinns ihren Platz verläßt.

Soldaten, Arbeiter!

Schließt Euch eng zusammen, damit endlich Frieden, Freiheit, Brot, nicht nur Phrasen, sondern gesicherte Wirklichkeit werden!

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlin und Umgegend. U. S. P. D.

Proklamation des Standrechts?

Die Kommission des Volkstages, die mit der Kontrolle der Gefangenen betraut war, hat in den späten Abendstunden festgestellt, daß die 295 Gefangenen aus der Belle-Alliancestrasse nicht nach der Kaserne des 4. Garde-Regiments zu Fuß gebracht worden sind, sondern im Jellens-Anstalt untergebracht wurden. Sie sind dort durch dort befindliche Potsdamer Unteroffizierschüler schwer mißhandelt worden. Die Kommission hatte Gelegenheit, mit dem Oberst Reinhardt, dem Leiter der militärischen Operationen der Rote-Garde, zu verhandeln. Oberst Reinhardt erklärte kategorisch, er werde morgen das Standrecht verhängen. Die eingelieferten Gefangenen würden vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Auf den Einwand der Kommission, daß das der Zusicherung der Volksbeauftragten und des Zentralrats widerspreche, erklärte Oberst Reinhardt, er habe von niemand Befehle entgegenzunehmen, er sei Soldat, stehe auf vorgeschobenem Posten und habe selbständig zu bestimmen; er werde nur den Befehlen seiner militärischen Vorgesetzten Folge leisten.

Soll es unter Ebert und Scheidemann auch noch zu einer Kommunebluterei kommen?

Für eine sozialistische Koalitionsregierung.

(Drahtbericht der „Freiheit“.)

Berlin-Neuß, 11. Januar.

Dem Räte der Volksbeauftragten ging heute folgendes Telegramm zu:

Der Bruderkrieg, der seit Wochen in Berlin tobt und bereits auf die Provinzen übergriff, gefährdet alle bisherigen Errungenschaften der Revolution und macht weitere Erfolge unmöglich. Die Reaktion wird ernstlich gefährdet. Zorn und Empörung gegen Berlin wachsen beständig. In allen Kreisen der Arbeiter, gleichviel welcher Richtung sie angehören, herrscht nur die eine Meinung, daß nur eine Regierung, die alle Richtungen des Sozialismus umschließt und die entschlossen ist, die Revolution im Sinne von Demokratie und Sozialismus weiter zu treiben, vom Vertrauen der Arbeiter getragen sein wird, und daß nur eine solche Regierung Deutschland vor dem sicheren Untergang zu retten vermag. Aus diesen Gründen fordern wir den Rat der Volksbeauftragten auf, ohne Verzug die zu einer Vereinigung aller Richtungen des Sozialismus erforderlichen Schritte zu tun. Wer sich dieser Forderung widersetzt, verdient vom Volkswillen von allen Vertrauensposten hinweggesetzt zu werden.

Sozialdemokratischer Verein für N. J. L.

(U. S. P. D.)

Emil Setterlein,
Vorstandes.

Ein Pyrrhusieg.

„Großer Sieg! Niederwerfung der Spartakisten!“, so hallt es auf den Berliner Straßen und Plätzen wider. Die Widole der Augusttage 1914 scheinen wieder erpocht zu sein — die nervöse Spannung der letzten Woche, die Angst um den Besitz, die Empörung über die gestörte Ruhe und Ordnung, die fortgesetzte Bedrohung durch die Schieberereien und sonstigen militärischen Maßnahmen: all das entläßt sich in einer geradezu abstoßenden Hege gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten, die jetzt als Sündenböcke für alles Unheil der letzten Tage hingestellt werden.

Die Regierung und die Führer der Mehrheitspartei, unterstützt von der gesamten bürgerlichen Presse, haben sich redlich bemüht, die revolutionären Arbeiter und Soldaten als Vopanz, als Kinderschar für die immer noch breite Masse der Unausgerüsteten, Denkschwärmer, Gleichgültigen hinzustellen. Sie haben, unter dem Beifall aller konterrevolutionären Ordnungsmänner, die Parole der „Ruhe und Ordnung“ zu der ihrigen gemacht. Sie haben unter Mißachtung aller Grundsätze, die sie einst besaßen, sich zu Schützern der heiligen bürgerlichen Ordnung mit allen ihrer Attribute aufgeworfen. Sie haben es verstanden, dem Rufe zur Einigung und Verständigung zu folgen, der auch in den Reihen ihrer eigenen Anhänger Widerhall fand, und suchten umso eifriger Anlehnung bei dem Bürgertum, das ihnen seine Offiziere, Studenten, Techniker usw. zur Niederwerfung der proletarischen Revolution zur Verfügung stellte.

Nun haben sie den „Sieg!“ Den Sieg, erkauft um Hunderte von Menschenleben, um den Preis der Zerstörung ganzer Häuserblöcke, der Unterbindung des gesamten Lebens der Hauptstadt, der Demoralisierung dreier Schichten der Bevölkerung, der Vernichtung jeder moralischen Autorität der Regierung bei den Massen ihrer eigenen Parteianhänger. Nicht nur das „Vorwärts“-Gebäude ist jetzt ein Trümmerhaufen — die Minen und Granaten der Regierungstruppen haben auch den letzten Rest des Vertrauens vernichtet, das ein Teil des Berliner Proletariats noch immer zu den Führern der Rechtssozialisten besaß.

Die mächtige Protestbewegung, die in den letzten Tagen spontan aus dem Innern des Berliner Proletariats hervorgewachsen, sein Schrei nach Einigung, sein Ruf nach Einstellung des unjünglichen Bruderkampfes war ein warnendes Menetekel. Diese Warnung wurde von den verblendeten Machtpolitikern in der Regierung überhört. Während sie mit den Vertrauensmännern der Arbeiter unterhandelten und immer neue Vorwände zur Verschleppung erfanden, bereiteten sie den Sturm gegen das „Vorwärts“-Gebäude und das gestrige Blutbad vor. Sie erwiesen sich als gelehrige Schüler der Diplomaten und Generale Wilhelms II., die mit denselben Mitteln den Weltkrieg herausbeschoren. Sie verschmähten es, ehrlich den Weg der Einigung zu betreten; sie versuchten es auch nicht, ihre Gegner mit unblutigen Mitteln matt zu setzen — sie beschritten den Weg der Gewalt, den Weg Hindenburgs und Ludendorffs. Nun haben sie den Krieg! Den Krieg des gesamten Proletariats gegen eine Regierung, die unwürdig ist, auch nur eine Stunde länger an der Spitze der sozialistischen Republik Deutschlands zu stehen.

Das Proletariat hat diesen Kampf notwendig aufgenommen. Es wird ihn führen, nicht mit den Mitteln des

... sondern durch Anwendung seiner Oligarchen Macht und Kraft der moralischen Autorität, die ihm als Klasse, als Mehrheit der Bevölkerung inne wohnt. Es wird dem Kampf führen im Interesse der Weiterentwicklung der deutschen Revolution.

Dieser Kampf erfordert Zusammenbruch der proletarischen Front, Verfallung der vollen Einigkeit der Arbeiterklasse zur Beilegung aller Hindernisse auf dem Wege der Befreiung. Alles Unheil, das wir jetzt durchleben, ist eine Folge der unheiligen Zerrissenheit des deutschen Proletariats. Wir wären unbesiegbar, wenn wir einig wären! Wir sind ohnmächtig dem Treiben der Gegenrevolutionäre ausgeliefert, wenn wir den Kampf in unseren eigenen Reihen fortsetzen. Wie sind diese Zustände so klar zum Ausdruck gekommen wie in diesen Tagen, wo Proletarier gegen Proletarier in den Straßen Berlins sich bekämpfen.

Ein Ende mit diesem Bruderkrieg! Ein Ende mit der Zerrissenheit der proletarischen Front!

In unzähligen Kundgebungen, die uns in den letzten Tagen zuzogen, in Kundgebungen, hinter denen der kampfbereite Wille hunderttausender Arbeiter steht, wird gefordert, daß die kompromittierten Führer zurücktreten und die Massen sich einigen, wenn nötig über die Köpfe der Führer hinweg. Was die kompromittierten Männer in der Regierung wert sind — das haben die letzten blutigen Ereignisse erwiesen.

Diese „Führer“ müssen weg! Und aus dem einheitlichen Willen des geschlossenen handhabenden Proletariats muß der Weg sich finden, der uns auf der blutigen Straße dieser Tage herausführt.

Der Profesturm der Arbeiter.

Fortwährend gehen uns neue Protestresolutionen der Berliner Arbeiterschaft gegen den Brudermord und für die Einigung der sozialistischen Parteien zu. Raummanuel hindert uns, sie alle in vollem Wortlaut wiederzugeben und beschränken wir uns darauf, sie in kurzen Auszügen bekanntzugeben.

Eine Betriebsversammlung des Luftfahrzeugbau Schütte-Lanz forderte die Vorstände der drei sozialistischen Parteien und die revolutionären Elemente Groß-Berlins auf, sofort Einigungsverhandlungen zwischen den Parteien einzuleiten, um weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Eine von 100 Personen besuchte Versammlung aller im Zentralmagazin der Rüstlichen Gaswerke Beschäftigten begreift mit Genugtuung das Streben, dem Bruderkampf ein Ende zu machen und fordert Anwendung jedes Mittels zwecks Einigung des Proletariats, auch über die Köpfe der Führer hinweg.

Die politische Kommission aller Richtungen in der adthunbert Personen beschäftigenden Firma Ferdinand Schuchardt, Berliner Fernsprech- und Telegraphenwerk hat an den Zentralrat das Ersuchen gerichtet, die Mitglieder der jetzigen Regierung sofort von ihren Posten abzurufen und mit neuen Leuten aus allen drei sozialistischen Richtungen zu besetzen.

Die Hand- und Arbeiter der Fernsprechanstalt, Markgrafendamm, verurteilen den Bruderkrieg und geben den besten Willen kund, sich über die Köpfe der Führer hinweg die Bruderkrieg zu beenden. Sie lassen es jenseit als ihre heiligste Pflicht an, zu verhindern, daß durch den Streik und den Eigenwillen einzelner Führer die Arbeiterklasse um die Frucht der Revolution gebracht werde und verlangen, daß die beteiligten Führer durch noch nicht kompromittierte Führer ersetzt werden.

Die Arbeiter und Angestellten der Firma Fritz Werner & Co., Mariensfelde, die allen Richtungen der Sozialdemokratie angehören, fordern, daß die Straßenkämpfe in Berlin sofort aufhören. Als Hindernis betrachten sie die gegenwärtig kompromittierten Führer aller Parteien und fordern den Rücktritt derselben.

Die im Betriebe des Bekleidungsamtes Berlin (3000 Personen) beschäftigten Arbeiter und Angestellten stellen sich auf den gleichen Standpunkt, erklären sich mit den bereits im Schuhhand befindlichen Arbeitern solidarisch und legen, falls eine Einigung nicht zustande kommt, am Montag, den 12. Januar, die Arbeit nieder.

Die Arbeiter und Angestellten der Firma H. Biss & Co., Mariensfelde, fordern die Volksbeauftragten auf, im Interesse der Allgemeinheit von ihren Posten zurückzutreten unter der Bedingung, daß auch Eißhorn und Genossen von ihren Posten zurücktreten und durch andere und ihrer Partei ersetzt werden.

200 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte der Sigarettensabrik Garbath erklären in einer Versammlung, daß dem Vorgehen anderer Betriebe Groß-Berlins zwecks Vereinerung der verschiedenen Parteirichtungen anzuschließen. Als Protest gegen den Brudermord treten sie in den Streik ein.

Der Deutsche Sänbterverband, 214 Berlin, erklärt sich in einer Zuschrift an und im Namen des ambulanten Sänbterverbandes (Strohhändler, Hausierer, Nachtschneider usw.) für den Rücktritt der kompromittierten Personen in der Regierung, die die Ursache des jetzigen Zwistes sind.

Die Arbeiterschaft der Firma Messingwerke Reinickendorf (600 Personen) erhebt Protest gegen den Brudermord, fordert Abkündigung der Regierung und an ihre Stelle eine neue Regierung, die das Vertrauen des gesamten Klassenbewußten Proletariats besitzt.

Diesen Forderungen schließen sich an die Arbeiter und Angestellten folgender Firmen: Deutsche Gold- und Silberwerke G. m. b. H., Reinickendorf-Böck, Gebr. Grünow, Reinickendorf, G. G. Dreifling, Reinickendorf.

Die 3000 Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen der Zeimler-Motoren-Werke erklären folgendes: Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die der bestehenden und lebenden Konjunktur läßt nur Hunger, Not, Elend und

ein Meer von Blut und Tränen gebracht hat, kann nur durch rücksichtslosen Kampf des Proletariats aller Länder überwunden werden.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, daß das deutsche Proletariat am 9. November 1918 die politische Macht erobert. Bisher in einzelne sozialistische Parteien getrennt, konnte das Proletariat seine ganze Macht nicht ausbilden, um auch die bürgerliche Macht zu erobern.

Der Kampf um die politische Macht zwischen den einzelnen sozialistischen Richtungen hat das Proletariat in einen durchaus verwerflichen Bruderkampf geführt. Um diesen Kampf zu beenden und eine geschlossene Front gegen das gesamte Bürgertum zu führen, fordern wir alle kompromittierten Führer der einzelnen sozialistischen Richtungen auf, sofort ihre Posten ihren Mandatgebern zur Verfügung zu stellen. Geschieht dies nicht, so werden wir Mitglieder aller sozialistischen Richtungen die Beträge den Parteien sperren. Kommen die Volksbeauftragten dieser Forderung nicht nach, dann werden wir eine neue Propaganda entfalten, daß dieser Regierung keinerlei Steuern oder Abgaben zu entrichten sind.

Zu das Proletariat Groß-Berlins und weiterhin Deutschlands ergeht der Ruf, sich unserm Vorgehen anzuschließen.

Die gesamte Arbeiterschaft der Firmen Marxus und Boffe hat beschlossen, sich über die Vertreter hinweg zu verhalten. Beide Parteien (S. F. D. und U. S. F. D.) sehen in ihren jetzigen Parteiführern und auch dem Rat der Volksbeauftragten nicht eine ihrem sozialistischen Interesse entsprechende Vertretung. Sie fordern daher den sofortigen Rücktritt sämtlicher jetzigen Führer.

Die Arbeiterschaft der Firma Ludwig Ewig & Co. schließt sich der Resolution der Kollegenschaft von den Deutschen Wollen- und Munitionfabriken vollinhaltlich an.

Eine Versammlung der gesamten Betriebe von Ober-Tschannenweide und Nieder-Tschannenweide, die 27000 Arbeiter beschäftigen, stellte sich gleichfalls auf den Boden dieser Resolution.

Ferner haben sich die Arbeiter der folgenden Firmen dieser Resolution angeschlossen: Vereinigte Kleinbetriebe Wittenau, Bekleidungsamt des G. S., Arbeiterräte sämtlicher Beck. vom Teilmann-Berlin, insbesondere der S. F. D., Rostbrennische Metallwerke, Samsonwerke, Galm u. Seader, Stad u. Co., Mariensfelde, Rumbler-Werke, Mat Koh, Siemens-Konzern, Anilinfabriken, Hauptgasfabriken, Lindström, Trübner, Formverformung in den Ubarschillen, Trübner-Telegraphie, Berliner Elektrizitätswerk, A. H. A. Schulz, Max Levy, Bergmanns-Kaufhaus, Baumeyer, A. G. G. Hennigsdorf, G. P. Goetz, Gasse u. Breche, Paul Meier, 36 Betriebe des S. Bezirks, Hauptwerkstätte der Groß-Berliner Straßenbahn, A. H. G., Fr. Werner, Löhndröhre, Turbine A. G. O., Richard Weber u. Co., Messingwerke, Reinickendorf, Eis. Hauptwerkstätte, Berlin L.

Eine großartig verkaufte Versammlung in Rowa weß forderte gleichfalls den Rücktritt der Volksbeauftragten Ober, Scheidemann, Landsberg und Rodde. Nach Schluß der Versammlung trat eine ganze Anzahl Genossen und der Mehrheitspartei zur U. S. F. D. über.

Das III. Armeekorps für Einigung.

Der Zentralrat des III. A.-K. hat am 8. Januar dem „Zentralrat“ eine Kundgebung überreicht in der er eine Einigung zwischen Regierung und der U. S. F. als unbedingt erforderlich und möglich bezeichnet wird. Die Einigung darf nicht an Personenträgern scheitern, heißt es dann weiter.

Wie die Regierung solchen Forderungen nach Verhandlung nachkommt, illustriert dann ein Brief des Volksbeauftragten Rodde, der am 8. Januar von der Finanzminister-Abteilung Marxusdorf 16 Arbeiter Minnerweiser nach 800 Schuß verlangte. Der B. S. M. des III. A.-K. stimmte diesen Forderungen nicht zu. Er richtet vielmehr folgende Frage an Herrn Rodde:

Kann Herr Rodde die Bildung einer schwarzen Streikzentrale? Eine? Im schwarzen Minnerweiser zu liegen wird er Gelegenheit noch nicht gehabt haben. Wir aber verhindern ihm, daß das das Schicksal ist, was der Krieg überhaupt mit sich bringen kann. Schon der Abschluß einer solchen würde, wenn in einer Straße geschähe, keine Feuerscheibe in dieser gema lassen; und dort wo sie einschlägt, ist nicht als ein Trümmerhaufen zu befehen.

So steht die Forderung der „sozialistischen“ Republik Deutschlands durch Herrn Rodde aus und so wird unsere Forderung nach Verhandlung Rechnung getragen.

Der Zentralrat des III. A.-K. Laute. Sohle.

Die Cobbuser Garnison gegen die Regierung.

Die Inspektion der Fliegertruppe Cobbus versuchte die Mannschaft zu verpflanzen, für Ebert und Scheidemann in den Kampf zu treiben. Darnach antwortete der Soldatenrat der 11. aer. Ers.-Abteilung 12, er lege sich auf dem Boden der Grundsätze des 9. November und ihrer Fortentwicklung. Er stellt sich jeder ehrlich revolutionären Regierung zur Seite, die das Vertrauen des Volkes besitzt und sich auf den Boden der Beschlüsse des Rätekongresses stellt. Er tritt aber in keiner Weise für Personen ein, die weder willens noch imstande sind, die Beschlüsse des Rätekongresses durchzuführen.

Der Soldatenrat der Garnison und der Soldatenrat der 3. A.-R. schlossen sich dieser Erklärung an.

Der drohende Eisenbahnerstreik.

In Ergänzung unseres gestrigen Berichtes über die Klassenversammlung der Eisenbahner auf dem Tempelhofer Feld teilen wir nachstehend den Wortlaut der dort angenommenen Resolution mit:

„Die am 10. Januar um 5 Uhr nachmittags auf dem Tempelhofer Feld versammelten circa 20000 dienstfreien Eisenbahner erklaren die jetzige Regierung im Interesse des gesamten Proletariats, sofort das Blutvergießen und Brudermorden in Berlin einzustellen und eine neue Regierung durch neue Männer, die einwandfrei auf dem Boden des Erfurter Programmes stehen, paritätisch zu bilden, andernfalls der gesamte Eisenbahnbetrieb vom 11. Januar, nachmittags 5 Uhr, an eingestellt wird. Die Eisenbahner sind sich der Tragweite dieses Beschlusses bewußt und nehmen die Arbeit nicht eher auf, bis eine endgültige Klärung erfolgt ist.“

Das Ergebnis der dreitägigen Besprechung zwischen Zentralrat und den Beauftragten der Eisenbahner war folgendes:

Die Eisenbahner haben sich auf einen Streik im Falle der Verweigerung, auf Verschiebung des Streikbeginns hinzuwirken, um das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten, die nach der Verfertigung des Zentralrats nach diese Nacht zwischen der Regierung, dem Zentralrat und dem Reichstag und den revolutionären Elementen beginnen sollen. Die Deputation der Eisenbahner wird Sonntag, nachmittags 10 Uhr, wieder beim Zentralrat erscheinen, das Ergebnis der Verhandlungen mitzuteilen und davon den Eintritt in den Streik abhängig machen.

Der Gang der Verhandlungen.

Zur Klärung unserer Genossen über die Einigungsbestrebungen sei folgendes bekannt gemacht:

Die Verhandlungskommission der revolutionären Obmänner und Vertrauensleute und des Zentralvorstandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins (U. S. F. D.) haben der Richter-Kommission (Bermittlungskommission) folgendes Schreiben als Ergebnis ihrer Verhandlungen überreicht:

An die Richter-Kommission (L. G. O. und Schwarzkopfschwerter).

Auf Grund unserer heutigen Besprechungen erklären wir Ihnen für die unterzeichneten Körperschaften hiermit folgendes:

Die Presse wird sofort freigegeben. Wir erheben Sie, sogleich die Waffenruhe und den Beginn der Verhandlungen herbeizuführen.

Mit Parteigruß:

Für die rev. Obmänner und Vertrauensleute Groß-Berlins:

Paul Meyer, Paul Roumann, G. Kalksch,

Für den Zentralvorstand Groß-Berlins:

P. Brühl, R. Herbst, Gustav Schulz.

Dieses Schriftstück ist von der Vermittlungskommission den Volksbeauftragten überreicht worden.

Der Volksbeauftragte Scheidemann stellte darauf der Kommission mit, daß bereits zwischen den beiden kämpfenden Parteien eine Waffenruhe vor den einzelnen Regierungen vereinbart worden ist und daß die Aufnahme des Friedensgesprächs vor Ablauf einer zwölfstündigen Aushungersfrist nicht vorgekommen werden kann.

Die offiziellen Verhandlungen zwischen der Regierung einerseits und der Verhandlungskommission, bestehend aus Delegierten des Zentralvorstandes der U. S. F. D. Groß-Berlins und den revolutionären Obmännern und Vertrauensleuten von Groß-Berlin andererseits sollen noch während der Nacht stattfinden.

Der Sturm auf den „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ wurde gestern mittag gegen 11 Uhr von den Regierungstruppen nach einem langen und erbitterten Kampfe genommen. Die Regierungstruppen, in der Hauptstraße Potsdamer Platz, drangen sowohl vom Belleallianceplatz als auch von der Glinker Straße und der Lindenstraße aus langsam gegen das Gebäude vor. In den Regenströmen wurde das ganze Stadtviertel abgesperrt. Schwere Maschinengewehre wurden in Stellung gebracht, die Dächer der dem Vorwärts benachbarten Gebäude ebenfalls mit Maschinengewehren besetzt. Auch Geschütze wurden auf, dazu einige Minenwerfer.

Nachdem die Besatzung, die sich vor dem Gebäude hinter Papierenballen verfangen hatte, durch schwere Maschinengewehrfire niedergelassen war, brachte man vor dem Gebäude einen Minenwerfer in Stellung. Mit diesem wurde das Vorwärtsgebäude unter Feuer genommen und schon nach einigen Schüssen eine vierstellige Verletzung angerichtet, daß das Maschinengewehrfeuer der Verteidiger verstummte. In gleicher Zeit schickte sich auf den Dächern Kämpfe zwischen der Besatzung und den Regierungstruppen ab. Die Angreifer stiegen nach jedem Kampfe auch hier die Verteidiger nieder.

Als das Maschinengewehrfeuer verstummte war, drang ein Stoßtrupp, geführt von einem Offizier, in den ersten Hof und überwältigte die dortigen Verteidiger. Andere Stoßtrupps folgten. Die Führer der Regierungstruppen, Oberst Reinhardt und Major Stephani schickten daraufhin an die in den oberen Stockwerken verfangenen Verteidiger ein Ultimatum. Auf die Frage, ob sie sich ergeben wollten, folgte die Antwort: „Nein, niemals.“

Obwohl wurde das Feuer mit

schweren Mienen, Maschinengewehren und Handgranaten erneut mit aller Heftigkeit aufgenommen. Ein Minenwerfer schloßerte ein Geschloß gegen das Dach des Vorderhauses. Das Geschloß durchschlug das Gebäude bis in den Keller, weitere Absätze erfolgten und richteten eine einseitige Verletzung an. Ganze Mauerstücke stürzten krachend auf die Straße, die Dächer brachen zusammen und begruben unter sich was noch lebte. Ein anderer Treffer vernichtete die auf dem Dach befindlichen Maschinengewehre. Einer der Verteidiger wurde dabei auf den Hof geschleudert und blieb dort verbleibend liegen.

Am war die „Festung“ nurmehr geworden. Handgranaten, Leuchtgas durch die Korwege, stürzten über die Höfe und fanden überall Tote und Verwundete. Nach weiteren blutigen Kämpfen, meist Mann gegen Mann, sahen sich die Verteidiger überflügelt. Sie hatten schwere Verluste, besonders durch die Minenverletzung erlitten. In offenen Höfen und Klüften hielten Verwundete um Hilfe. Was noch lebte, ergab sich. Es sollen über 200 Gefangene gemacht worden sein.

Als die ersten Gefangenen auf die Straße geführt wurden, wurden sie von der Menge, die die Sperre durchdrungen hatte, mit lauten

Schimpfworten und Spott aus

empfangen. Man rief: Schucht die Banditen! und beschleuderte Passanten doran auf die Gefangenen ein. Sie wurden von den Regierungstruppen, zum Teil gefesselt, nach der Kaserna am Belleallianceplatz gebracht. Eine Anzahl von ihnen soll jedoch an die Mauer gestellt und erschossen worden sein. Durch das Minenfeuer wurde ein Teil des Vorwärtsgebäudes in Brand gesetzt. Das Feuer konnte jedoch wieder gelöscht werden.

Die Verluste der Verteidiger sind beträchtlich. Sie sollen mehrere Tote und viele Verwundete eingeschloßt haben.

Die Verhaftungen im „Vorwärts“.

Unter den im „Vorwärts“-Gebäude verhafteten Personen besond sich auch der Genosse Subell und der älteste Sohn Karl Sieblich. Der fünfzehnjährige Junge hatte sich am Freitag vormittag aus dem Hause entfernt, ohne daß den Angehörigen sein Aufenthalts bekanntgemacht war. Genosse Subell

